

21. Sitzung Klimaschutzbeirat

Datum: 11. Oktober 2018, 17:30 – 19:40 Uhr

Ort: Stadthaus, Raum 9B

Teilnehmende Mitglieder:

| | |
|---------------------|--|
| Susanne Bauer-Jautz | Verbraucherzentrale NRW, Beratungsstelle Bonn |
| Anna-Maria Bolte | Geodäsie Uni Bonn (in Vertretung für Frau Schuppe) |
| Christoph Caspary | SWB |
| Antje Lembach | WiLa Bonn |
| Gesa Maschkowski | Bonn im Wandel |
| Thomas Meister | Geographie Uni Bonn |

Politische Gäste:

| | |
|--------------------|------------|
| Christian Gold | CDU |
| Krischan Ostenrath | B'90/Grüne |

Gast:

Herr Vootz, Bonn im Wandel

Moderation: Achim Helbig

Protokoll: Marion Wilde

Einführung

Nach der Begrüßung durch Achim Helbig und einer Vorstellungsrunde aller Teilnehmenden gibt Herr Helbig einen kurzen Rückblick zu Gründung und Aufgaben des Beirates vor dem Hintergrund des IKSK und zu aktuellen Konfliktsituationen. Nach dem Austausch im Mai 2018 soll die heutige Sitzung dazu dienen, dass der Beirat Zusammensetzung, Aufgaben und Abstimmungsregularien abschließend diskutiert und entscheidet, ob daraus resultierend eine Änderung der Geschäftsordnung des Klimaschutzbeirates (GO) notwendig ist.

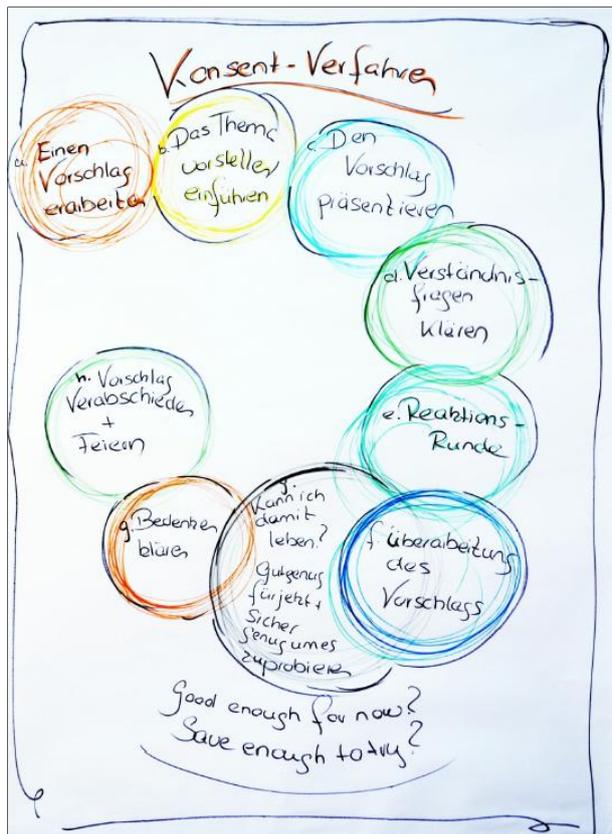
Frau Maschkowski hatte im Vorfeld der Sitzung einen Vorschlag zur Änderung der GO eingebracht, in Verbindung mit einem Vorschlag für eine künftige Methodik zur Entscheidungsfindung („Konsentverfahren“), die sie als festgeschriebene Vorgehensweise zur Beschlussfindung in die GO mit aufnehmen möchte.

Herr Helbig schlägt vor, die TOPs für die Sitzung entsprechend anzupassen und Frau Maschkowski zunächst das Prozedere und ihren Vorschlag erklären zu lassen. Die Anwesenden sind einverstanden.

Diskussion

Frau Maschkowski schildert das Konsentverfahren zur Entscheidungsfindung, s. Abbildung. Anhand ihres konkreten Vorschlags zur Änderung der GO wird das Konsentverfahren beispielhaft durchgeführt:

Änderungsvorschlag zur Nr. 3 der GO: Die Mitglieder arbeiten nicht als Interessensvertreter ihrer Organisation, Behörde oder ihres Unternehmens. Sie verpflichten sich, sich ausschließlich im Sinne des Klimaschutzes zu engagieren.



Die wesentliche Verständnisfrage bei den Teilnehmenden ist, was „im Sinne des Klimaschutz“ im Zweifelsfall konkret bedeutet und wer dies definiert?

In der Reaktionsrunde kommt jeder Teilnehmende zu Wort. Die Frage der Interessenvertretung wird unterschiedlich aufgenommen. Während die VertreterInnen von NGOs und Wissenschaft dies für machbar halten, macht Herr Caspary als Wirtschaftsvertreter deutlich, dass ihm dies nicht möglich sei. Er sei als Unternehmensvertreter im Beirat (ebenso wie IHK und HWK); sollte die GO wie vorgeschlagen geändert werden, hätte dies möglicherweise Auswirkungen auf die künftige personelle Zusammensetzung des Beirates.

Herr Meister merkt zusätzlich an, dass eine Trennung zwischen „Klimaschutz-Rolle“ und Organisationsfunktion für ihn persönlich zwar vorstellbar sei, in der Gesamtschau jedoch schwierig - nicht nur wegen möglicher Interessenkonflikte, sondern schon allein wegen der unterschiedlichen Perspektiven auf das gleiche Thema, die durch verschiedene Interessenvertreter zusammenkämen. Diese zu bewahren sei auch wichtig für eine umfassende Sicht auf die Themen. Er hält ergänzend eine personelle Erweiterung des Beirates für sinnvoll.

Die politischen Gäste merken an, dass aus ihrer Sicht schon viel gewonnen wäre, wenn der Beirat im Falle der Uneinigkeit seine unterschiedlichen Positionen formuliert und der Politik zuleitet (alternativ: den verabschiedeten Beschluss, ergänzt um entsprechende „Mindermeinungen“). Aufgabe der Politik sei es dann, diese zu bewerten und Entscheidungen abzuleiten. Herr Gold ergänzt, dass die Wahrnehmung der Wertigkeit von Beiratsbeschlüssen auch davon abhängen, ob diese von Privatleuten oder von OrganisationsvertreterInnen getroffen wurden. Herr Ostenrath rät in Bezug auf die vorgestellte Methode davon ab, ein bestimmtes Beratungsverfahren fest in die GO aufzunehmen.

Frau Maschkowski macht deutlich, dass ihr die Zielsetzung des Beirates nach der Diskussion umso weniger klar sei – solle der Beirat Kompromisse erzielen oder neue Impulse und Innovation in die Politik einbringen?

Herr Vootz bemerkt, dass unabhängig von der Frage der Interessenvertretung die Zugangsvoraussetzungen zum Klimaschutzbeirat nicht klar seien und sich auch aus der GO nicht ergeben: Wer darf „rein“, wer nicht und warum? Solange dies nicht klar sei, sei auch die Frage von Interessenvertretung und Mehrheitsentscheidungen kaum zu klären – welche Bedeutung hätte die „Mehrheit“, wenn die personelle Zusammensetzung des Beirates scheinbar beliebig erfolgt? Als weitere Frage bringt er ein, dass nicht klar sei, woran sich der Erfolg der Arbeit des Beirates bemesse.

Aufgrund der Diskussion wird das Konsentverfahren an dieser Stelle abgebrochen. Frau Maschkowski zieht ihren Vorschlag zur Änderung der GO zurück.

Die Anwesenden sind sich einig, dass es nicht möglich sei, die GO in der heutigen Sitzung anzupassen bzw. abschließende Formulierungen zu finden. Eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Herrn Caspary, Herrn Helbig, Frau Maschkowski, Herrn Meister und Frau Wilde wird sich nach den Herbstferien treffen, um einen konkreten Vorschlag für eine Überarbeitung der GO, basierend auf der heutigen Diskussion zu erarbeiten.

Aufgrund dessen und der fortgeschrittenen Zeit werden die verbleibenden TOPs zurückgestellt.

Sonstiges:

Herr Gold regt an, Termine und Dokumente des Beirates wieder in BORIS aufzunehmen, unter „sonstige Gremien“. Die Leitstelle Klimaschutz sagt zu diese Anregung mit dem Ratsbüro zu klären.

Nächste Schritte:

- Nach den Herbstferien: Treffen der AG, Überarbeitung der GO. Die Leitstelle koordiniert den Termin.
- Versand des GO-Vorschlages an den Beirat
- Frühjahr 2019: nächste Beiratssitzung zur Verabschiedung der neuen GO. Die Leitstelle lädt hierzu ein.